MEDIA SuUB Bremen
https://media.suub.uni-bremen.de

Titel/Title: **Der Einfluss von Zivilgesellschaft und Lokalregierungen auf Investitionen in die Daseinsvorsorge. Empirische Evidenz aus Ecuador**

Autor*innen/Author(s): Carina Schmitt

Veröffentlichungsversion/Published version: Postprint

Zeitschriftenartikel/Journal article

Empfohlene Zitierung/Recommended citation:

Schmitt, Carina (2009): Der Einfluss von Zivilgesellschaft und Lokalregierungen auf Investitionen in die Daseinsvorsorge. Empirische Evidenz aus Ecuador. In: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 3, 108-130.

Verfügbar unter/Available at:
(wenn vorhanden, bitte den DOI angeben/please provide the DOI if available)

"This is a post-peer-review, pre-copyedit version of an article published in Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft. The final authenticated version is available online at: https://doi.org/10.1007/s12286-009-0024-7. "

Zusätzliche Informationen/Additional information:

Die Autorin kann kontaktiert werden unter:
carina.schmitt@uni-bremen.de

Der Einfluss von Zivilgesellschaft und Lokalregierungen auf Investitionen in die Daseinsvorsorge

Empirische Evidenz aus Ecuador

Civil Society, Local Governments and Investments in Public Utilities

Empirical Evidence from Ecuador

Zusammenfassung:

Für eine Verbesserung der Lebensverhältnisse in den ärmsten Regionen der Welt ist die Versorgung mit Basisgütern grundlegende Voraussetzung. In Ecuador ist die Provinzebene für die Bereitstellung dieser Güter in ländlichen Gebieten verantwortlich. Die Investitionen der Provinz in Güter der Daseinsvorsorge fallen zwischen den ländlichen Gemeinden sehr unterschiedlich aus. Der vorliegende Beitrag fragt nach den Bestimmungsfaktoren für diese Varianz. Die empirischen Ergebnisse zeigen, dass die Verteilung knapper Mittel nicht von gesellschaftlichen Bedürfnisstrukturen, sondern vielmehr von strategischen Machtinteressen der an der Entscheidung beteiligten politischen Akteure abhängig ist. Der theoretisch erwartete und entwicklungspolitisch erhoffte Einfluss lokaler politischer Akteure und der Zivilgesellschaft kann empirisch nicht bestätigt werden.

Abstract:

The provision of basic goods is essential for the improvement of living conditions in areas most affected by poverty. In Ecuador, the subnational provincial level is responsible for the allocation of public utilities in rural areas. The amount invested for public utilities by the provincial government differs substantially between the rural communities. The paper asks for the factors which are accountable for this great variation. The findings of the study show that the allocation of resources is rather influenced by strategic interests of the actors involved in investment decision than by societal demands. The theoretically and politically expected impact of local political and civil society actors cannot be affirmed empirically. **(← p. 109)**

1. Einleitung

Armut und katastrophale Lebensbedingungen bestimmen den Alltag in vielen Entwicklungsländern der Welt. Die Bevölkerung leidet dabei nicht nur unter Mangelernährung, sondern hat oft keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, medizinischer Versorgung, Bildung oder modernen Technologien. Für eine Verbesserung der Lebensverhältnisse in diesen benachteiligten

Regionen ist die Bereitstellung von Gütern der Daseinsvorsorge wie Trinkwasserleitungen, Gemeindehäuser, Schulen oder Straßen grundlegende Voraussetzung (vgl. Forsthoff 1938; World Bank 2000). Dies ist insbesondere für die traditionell marginalisierten ländlichen Gebiete in Entwicklungsländern von existentieller Bedeutung. Bei der Bekämpfung von weltweiter Armut setzen internationale Geberorganisationen wie die Weltbankgruppe sowie nationale Akteure der Entwicklungszusammenarbeit in den letzten Jahren neben kurzfristigen Hilfsmaßnahmen auch auf die Stärkung lokaler Akteure. Die lokale Ebene gilt als zentraler Faktor für eine erfolgreiche Entwicklungspolitik. Durch sogenannte bottom-up-Prozesse oder grassroots-Konzepte verspricht man sich, die Lebenssituation der Bevölkerung dauerhaft zu verbessern (vgl. UNDP 2004, 2007; World Bank 2007). Dabei spielen zwei Strategien eine zentrale Rolle.

Erstens wird in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion die Bedeutung sozialen Engagements[1] in Entwicklungsländern stark hervorgehoben. Die Einbindung der Bevölkerung in gemeinschaftliche Belange bzw. die Stärkung der Zivilgesellschaft soll langfristig auf lokaler Ebene zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beitragen (vgl. World Bank 2000, 2007; BMZ 1999; Faust und Harbers 2007). Zweitens wurden in vielen Entwicklungsländern umfassende politische Dezentralisierungsprozesse eingeleitet. Mit der Einrichtung und Stärkung subnationaler Regierungsebenen ist die Hoffnung verbunden, den politischen Entscheidungsprozess über knappe Ressourcen enger mit den Bedürfnissen der Menschen zu verknüpfen (vgl. Treisman 2000; Faletti 2005; Ehlert et al. 2007; Campbell und Fuhr 2004).

Diese Strategien sind Bestandteile zahlreicher entwicklungspolitischer Konzepte in vielen Ländern der Welt. Auch in Ecuador soll durch die Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements und empowerment lokaler politischer Akteure, langfristig die Lebenssituation speziell der von Armut am stärksten betroffenen ländlichen Regionen positiv beeinflusst werden. Die Bereitstellung von Gütern wie Wasserleitungen, Straßen und Schulen in ländlichen Gebieten ist in Ecuador Aufgabe der subnationalen Provinzregierung (vgl. Montiel 2003: 74). Die dafür notwendigen Mittel werden von der Provinzregierung auf die ländlichen Gemeinden ihres Gebietes verteilt, die jedoch sehr unterschiedlich von den Ressourcenzuweisungen der Provinzregierung profitieren. Doch welche Faktoren sind für die Unterschiede im Hinblick auf die Investitionsausgaben verantwortlich? Können Gemeinden tatsächlich durch das

[1] In diesem Beitrag verwende ich die Begriffe zivilgesellschaftliches bzw. soziales Engagement und soziale Beteiligung synonym.

Engagement lokaler ziviler und politischer Akteure den politischen Entscheidungsprozess auf Provinzebene beeinflussen und sich besser mit den genannten Gütern versorgen? Oder anders formuliert: Lassen sich die von zentralen entwicklungspolitischen Konzepten unterstellten Wirkungsmechanismen **(← p. 109)** bestätigen? Oder sind klientelistische Strukturen für die Mittelverteilung nach wie vor von großer Bedeutung?

Da es sich bei Investitionsausgaben um Ergebnisse politischer Entscheidungsprozesse handelt, wird an theoretische Wissensbestände der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung angeknüpft (vgl. Gabriel et al. 1990). Dort werden üblicherweise zur Erklärung von policy outputs neben sozioökonomischen Faktoren, institutionelle Merkmale des politischen Systems, Interessengruppen sowie parteipolitische Konstellationen untersucht (vgl. Schmidt 1993, Schmidt et al. 2007). Der Einfluss des zivilgesellschaftlichen Engagements auf politische Entscheidungen fand bislang in der vergleichenden Policy-Forschung kaum Berücksichtigung. Insbesondere seit den Arbeiten von Robert D. Putnam (1993) wird dieser Zusammenhang allerdings im Bereich der Sozialkapitalforschung breit diskutiert.[2] Die Erklärungsansätze der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung werden daher um Überlegungen aus der Sozialkapitalforschung erweitert.

Sowohl die Sozialkapitalforschung als auch die vergleichende Staatsstätigkeitsforschung konzentrierte sich allerdings bislang auf die Erklärung unterschiedlicher outputs von Nationalstaaten. Dabei bieten insbesondere subnationale Vergleiche die Möglichkeit, innerstaatliche Heterogenitäten bei gleichzeitiger Konstanthaltung von Faktoren wie Kultur und politische Strukturen zu untersuchen (vgl. Snyder 2001; Putnam 1993). Dies gilt in besonderem Maße für Entwicklungsländer aufgrund ihrer hohen innerstaatlichen Vielfältigkeit und vielerorts eingeleiteten Dezentralisierungsprozesse. Außerdem konzentrierten sich empirische Studien fast ausschließlich auf entwickelte Industrienationen bzw. OECD-Staaten. Quantitative Untersuchungen zur Politikproduktion in Entwicklungsländer sind selten.[3] Überdies fehlt es an theoriegeleiteten Studien, die empirisch überprüfen, ob und unter welchen Bedingungen die von entwicklungspolitischen Konzepten unterstellten Wirkungszusammenhänge tatsächlich eintreffen (vgl. Faust et al. 2008).

---

[2] Neben Robert Putnam (1993, 2000) haben Pierre Bourdieu (1983) und James Coleman (1995) die wissenschaftliche Debatte zu Sozialkapital geprägt. Die empirisch vergleichende Forschung, der auch dieser Beitrag zugeordnet werden kann, nimmt jedoch üblicherweise auf die Arbeiten von Robert Putnam Bezug.

[3] Ausnahmen für Lateinamerika sind beispielsweise Faust und Harbers (2007) oder Chong und Zanforlin (2004).

Mit der Untersuchung der Einflussfaktoren auf die Investitionsausgaben der Provinzregierung in den lokalen Gemeinden Ecuadors können diese Forschungslücken aufgegriffen werden. Auf Grundlage von Datenmaterial, das in einer fünfmonatigen Phase der Feldforschung erhoben wurde, werden die Ressourcenzuweisungen für Güter der Daseinsvorsorge am Beispiel der 33 ländlichen Gemeinden der Provinz ‚Cotopaxi' untersucht. Die Daten sind sowohl qualitiativer als auch quantitativer Natur. In einem ersten Schritt wurden Leitfaden- und Experteninterviews[4] durchgeführt, um eine kontextspezifische Variablenauswahl sowie eine adäquate Operationalisierung zentraler Variablen zu ermöglichen. In einem zweiten Schritt wurden quantitative Aggregatdaten erhoben, die mittels multivariater statistischer Analyseverfahren ausgewertet werden. Untersuchungszeitpunkt ist das Jahr 2006. **(← p. 110)**

Der Fallauswahl liegen dabei folgende theoretische Überlegungen zugrunde: Erstens ist die lokale Ebene Ecuadors besonders geeignet, um den Einfluss lokaler politischer und ziviler Akteure auf den Allokationsprozess zu untersuchen. So wurde im Zuge einer umfassenden Verfassungsreform im Jahre 1998 mit den Lokalregierungen in den ländlichen Gemeinden eine neue politische Ebene eingerichtet. Laut Verfassung kommt diesen Lokalregierungen die Aufgabe zu, die gesellschaftlichen Bedürfnisse der ländlichen Bevölkerung in den Allokationsprozess einzubringen und damit den ärmsten Bevölkerungsteilen eine politische Stimme zu verleihen (vgl. Torres 2004; Carrasco 2003). Darüber hinaus hat sich in Ecuador in den letzten Jahren eine lebendige Zivilgesellschaft entwickelt, deren Bedeutung für den politischen Prozess auch von der Verfassung von 1998 betont wird. So wurden zahlreiche Maßnahmen zur Stärkung sozialer Beteiligung implementiert, „um eine Verbesserung der Lebensqualität (…) insbesondere in ländlichen Gebieten zu erreichen" (Molina 2004: 52, Ü.d.V., vgl. auch Faust et al. 2008; Bebbington 2001; Ortiz 1998). In Ecuador wurde also lokalen Akteuren in besonderem Maße Möglichkeiten zur Partizipation eingeräumt ohne jedoch die konkrete Ausgestaltung des Engagements vorzuschreiben. Dadurch kann im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern besonders gut die Frage untersucht werden, ob der politische Entscheidungsprozess tatsächlich durch die Inanspruchnahme der Partizipationsmöglichkeiten durch lokale Akteure beeinflusst wird.

Zweitens musste aufgrund der qualitativen und quantitativen Primärdatenerhebung innerhalb Ecuadors eine Einschränkung der Untersuchungsobjekte vorgenommen werden. Dabei wur-

[4] Eine Liste der Interviewpartner befindet sich im Anhang (siehe Tabelle A3).

den alle Gemeinden der Provinz Cotopaxi ausgewählt. Diese weisen im Gegensatz zu den Gemeinden anderer Provinzen im Hinblick auf mögliche Einflussgrößen erhebliche Varianz auf und entsprechen am besten der Werten der Gemeinden des ganzen Landes entsprechen. So liegt beispielsweise die Versorgung mit Basisgütern in den Gemeinden Cotopaxis bei Werten zwischen 7% und 92% im Vergleich zu 4% und 98% in den Gemeinden des ganzen Landes (vgl. SIISE 2004). Darüber hinaus variiert insbesondere das Engagement lokaler politischer und ziviler Akteure und damit die im Mittelpunkt dieses Beitrags stehenden Erklärungsfaktoren. Durch die Auswahl aller Gemeinden einer übergeordneten politischen Einheit können gleichzeitig Faktoren wie das formelle institutionelle Arrangement konstant gehalten werden (= most similar systems design, vgl. Przeworski und Teune 1970, Seawright und Gering 2008).

Bei der Beantwortung der Fragestellung werde ich in folgenden Schritten vorgehen. Kapitel zwei skizziert knapp die Rahmenbedingungen der Ressourcenzuweisungen und gibt einen deskriptiven Überblick über das Datenmaterial zur abhängigen Variable. Kapitel drei widmet sich den theoretischen Grundlagen und der Begründung der zu überprüfenden Hypothesen. Die Operationalisierung in Kapitel vier erfolgt vergleichsweise ausführlich, da in dem spezifischen Untersuchungskontext nicht mit Standardindikatoren gearbeitet werden konnte. Die empirischen Befunde werden im darauf folgenden Abschnitt dargestellt (Kapitel fünf). **(← p. 111)**

2. Forschungsgegenstand

Das demokratische politische System Ecuadors besteht seit der Einrichtung der Gemeinderegierungen mit der Verfassungsreform 1998 aus vier Regierungsebenen. Kleinste Einheit sind die lokalen Gemeinden, denen die Kantone gefolgt von der Provinzebene übergeordnet sind. Auf allen Ebenen steht der Regierung ein auf vier Jahre direkt gewähltes Regierungsoberhaupt vor. Laut Verfassung sind die Provinzregierungen für die Bereitstellung von Sachgütern in den ländlichen Gemeinden Ecuadors zuständig. Der Aufgabenbereich der Provinzregierung umfasst die Errichtung und Instandhaltung a) öffentlicher Einrichtungen wie Gemeindehäuser und Markthallen, b) Bildungseinrichtungen wie Schulen und Weiterbildungsstätten, c) Verkehrsinfrastruktur wie Straßen und Brücken und d) Wassermanagement wie Trinkwasserleitungen und Kanalisation (vgl. Montiel 2003: 81). Es gibt keine institutionellen Vorgaben beispielsweise in Form eines Verteilungsschlüssels, die die Provinzregierung bei der Investiti-

onsentscheidung einschränken. Die ländlichen Gemeinden sind finanziell vollständig von den Mittelzuweisungen der Provinzregierung abhängig.

Wie sehen die Investitionen der Provinzregierung in den der Untersuchung zugrundeliegenden Gemeinden aus? Auf welchem Niveau bewegen sie sich und in welche Bereiche wird verstärkt investiert? Der Gesamthaushalt der Provinz betrug 2006 11,39 Mio. US-Dollar. Rund 30% des Gesamthaushaltes investierte die Provinzregierung in die Bereitstellung von Gütern der Daseinsvorsorge in ländlichen Gemeinden (3,27 Mio. US-Dollar). Während ein Großteil der Ressourcen dem Straßen- und Brückenbau zugute kam (1,23 Mio. US-Dollar), lagen die Ressourcenanteile für die Bereiche Wassermanagement (0,73 Mio. US-Dollar), Bildungseinrichtungen (0,65 Mio. US-Dollar) und öffentliche Gemeindeeinrichtungen (0,66 Mio. US-Dollar) auf ähnlichem Niveau bei ca. 20% der Gesamtinvestitionen. Im Mittel gab die Provinzregierung 2006 23,46 US-Dollar pro Kopf für die Bereitstellung von Sachgütern in den Gemeinden aus. Eine Spannweite von 78,3 US-Dollar und ein Variationskoeffizient von .65 weisen auf erhebliche Unterschiede zwischen den Gemeinden hin. Daten zu Investitionsausgaben aus den Jahren 2004 und 2005, die für einzelne Gemeinden vorliegen, stützen darüber hinaus die Vermutung der interviewten Finanzexperten und Regierungsmitglieder, dass die Verteilung der Investitionen zwischen den Gemeinden über die Zeit relativ konstant ist.[5] Das heißt, Gemeinden, die in besonderem Maße im Jahre 2004 und 2005 von den Ressourcenzuweisungen der Provinzregierung profitierten, weisen auch 2006 ein hohes Niveau an Investitionsleistungen auf. Des Weiteren steigt die Zahl der Investitionsprojekte stark mit den Pro-Kopf-Investitionen, sodass ein starker Einfluss einmalig stattfindende Großprojekte in 2006 auf die Investitionszuweisungen ausgeschlossen werden kann. **(← p. 112)**

3. Erklärungsmodell und Hypothesen

Um die Relevanz der im Forschungsstand der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung und der Sozialkapitalforschung diskutierten Bestimmungsfaktoren systematisch für den Forschungsgegenstand überprüfen zu können, wird als Heuristik folgende Typologie vorgeschlagen. Die Determinanten können dahingehend unterschieden werden, ob sie im Bereich des politischen Systems oder dessen gesellschaftlicher Umwelt (= environment) zu verorten sind (vgl. Easton 1965a, 1965b). Darüber hinaus wirken sowohl im politischen System als auch in

[5] Die Haushaltsdaten dieser Jahre können nicht in die Querschnittsanalysen integriert werden, da die Daten nur für einzelne ländliche Gemeinden aufgeschlüsselt vorliegen.

dessen Umwelt Rahmen- und Akteursstrukturen auf die Ergebnisse politischer Entscheidungsprozesse. Rahmenstrukturen sind Kontextbedingungen ohne direkten Akteursbezug. Mit Akteursstrukturen werden hingegen relativ dauerhafte Akteurskonstellationen bezeichnet, die sich innerhalb dieser Rahmenstrukturen ausbilden und die über informelle Regeln auf policy outputs einwirken (vgl. Roller 2005). Damit lassen sich die in der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung diskutierten Erklärungsansätze von policy outputs in gesellschaftliche und politische Rahmen- und Akteursstrukturen[6] einordnen (siehe Tabelle eins). Diese Faktoren wirken sich situationsübergreifend auf die Ergebnisse politischer Entscheidungsprozesse aus. Die vorgeschlagene Systematik hat den Vorteil, die in der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung und Sozialkapitalforschung diskutierten Faktoren zu integrieren und für andere Hypothesen offen zu sein.

Tabelle 1: Systematisierung der Erklärungsansätze

	Rahmenstrukturen	Akteursstrukturen
Gesellschaftliche Strukturen	Gesellschaftliche Rahmenstrukturen z.B. Sozioökonomische Schule, ökonomische Integration	Gesellschaftliche Akteursstrukturen z.B. Machtressourcentheorie, Rent-Seeking-Ansätze, Soziale Beteiligung
Politische Strukturen	Politische Rahmenstrukturen z.B. Politisch-institutionelle Theorien	Politische Akteursstrukturen z.B. Parteiendifferenzlehre, Parteipolitische Vetospieler

3.1 Gesellschaftliche Rahmenstrukturen

Wohlstandsniveau. In der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung wird der Einfluss des sozioökonomischen Entwicklungsniveaus auf die Staatstätigkeit untersucht. Es wird davon ausgegangen, dass mit dem sozioökonomischen Entwicklungsniveau bestimmte gesellschaftliche Bedürfnisse und Ressourcen verbunden sind, die sich auf die Anforderungen **(← p. 113)** an und Möglichkeiten für Regierungshandeln auswirken (vgl. Dye 1966, 1976; Wilensky 1975).

[6] Für den Untersuchungsgegenstand können politische Rahmenstrukturen als Erklärungsfaktoren ausgeschlossen werden, da die formellen politischen Institutionen über die Gemeinden hinweg keine Varianz aufweisen. In der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung wird der Einfluss des formellen institutionellen Arrangements auf policy outputs über den Regelungscharakter von Institutionen begründet. Institutionen werden von den politischen Akteuren als Regeln wahrgenommen und ermöglichen bzw. beschränken deren Handlungsmöglichkeiten (vgl. North 1990; Ostrom 1995; Weaver und Rockman 1993).

Auch in den ländlichen Gemeinden dürften mit dem stark variierenden Wohlstandsniveau unterschiedliche gesellschaftliche Bedürfnisstrukturen einhergehen. Wohlstand ist nach Lipset (1959) eine von vier Dimensionen des sozioökonomischen Entwicklungsniveaus und subsumiert in diesem Beitrag das Entwicklungsniveau in den Bereichen Einkommen, Bildung, Gesundheit, Einkommen und Wohnverhältnisse (vgl. Lane und Ersson 1990, 2000). Der Einfluss des Wohlstandsniveaus auf die Ressourcenzuweisungen kann auf zweifache Weise modelliert werden, die zu unterschiedlichen Hypothesen führen.

a) In der Literatur wird üblicherweise argumentiert, dass die gesellschaftliche Nachfrage nach Sachgütern mit dem Wohlstandsniveau steigt. Das politisch-administrative System reagiert entsprechend der gestiegenen Nachfrage mit einer Erhöhung der staatlichen Leistungen (vgl. Zöllner 1963; Dawson und Robinson 1963). In den ländlichen Gemeinden Ecuadors kann ebenfalls vermutet werden, dass die Bevölkerung mit steigendem Wohlstand verstärkt infrastrukturelle Güter wie beispielsweise Schulen oder Straßen nachfragt, um wirtschaftlichen Aktivitäten nachgehen zu können oder Kindern und Jugendlichen Schulbildung zu ermöglichen. Darüber hinaus werden gebildete Bürger mit hohem Einkommen ihre Bedürfnisse eher auf die politische Agenda der Provinzregierung setzen und die Befriedigung ihrer Bedürfnisse einfordern können (vgl. Kunz 2000). Dies führt zur Hypothese, dass mit hohem Wohlstandsniveau einer Gemeinde hohe Investitionsausgaben für Sachgüter verbunden sind (H1a).

b) Vor dem Hintergrund der katastrophalen Lebensbedingungen und dem damit einhergehenden Problemdruck in den ländlichen Gemeinden Ecuadors lassen sich auch von H1a abweichende Wirkungszusammenhänge ableiten. Gemeinden mit niedrigem Wohlstandsniveau sind von mangelhafter oder unzureichender Versorgung mit Basisgütern besonders betroffen. Um die Notsituation zu lindern, dürfte in ärmeren Gemeinden, die Nachfrage nach Gütern wie Trinkwasseranlagen oder Straßen sehr hoch sein (vgl. Kunz 2000). Außerdem steigt aufgrund der existentiellen Bedrohung die Wahrscheinlichkeit, dass die Bevölkerung die Befriedigung ihrer Bedürfnisse von den politischen Akteuren übergeordneter Regierungsebenen aktiv einfordert. Die Provinzregierung wird auf den erhöhten Problemdruck in diesen Gemeinden mit Ressourcenzuweisungen in Güter der Daseinsvorsorge reagieren. Das bedeutet, dass mit steigendem Wohlstandsniveau einer Gemeinde die Investitionsausgaben sinken dürften (H1b).

Ausgangsniveau an Gütern der Daseinsvorsorge. Darüber hinaus ist anzunehmen, dass die gesellschaftlichen Bedürfnisstrukturen von dem jeweiligen Bestand an Gütern der Daseins-

vorsorge abhängen. Verfügt eine Gemeinde bereits über ein hohes Niveau an öffentlichen Einrichtungen oder Verkehrsinfrastruktur wird der Bedarf dieser Gemeinde nach weiteren Gütern dieser Art niedriger ausfallen als in Gemeinden mit einer geringeren Ausstattung an Gütern der Daseinsvorsorge. Die Provinzregierung wird die bestehenden Unterschiede zwischen den Gemeinden hinsichtlich der kommunalen Güterausstattung im Allokationsprozess berücksichtigen und auszugleichen versuchen (vgl. Kemmerling und Stephan 2008). Es ist deshalb ein negativer Zusammenhang zwischen dem Bestand an Gütern der Daseinsvorsorge einer Gemeinde und den Investitionsausgaben der Provinzregierung zu erwarten (H2). **(← p. 114)**

Kleine Kantone. In Ecuador sind die Kantone die den ländlichen Gemeinden übergeordnete territoriale Einheit. Die Regierungen der Kantone sind zwar nicht direkt an der Allokationsentscheidung beteiligt, wirken jedoch indirekt durch die Einbindung in den Haushaltsplanungs und -vorbereitungsprozess beratend an der Entscheidung der Provinzregierung über die Investitionsausgaben mit. Die Regierungschefs der Kantonsregierungen sollten die Bedürfnisse der Gemeindebevölkerung ihres Kantonsgebietes im Haushaltsplanungsprozess einbringen (vgl. Faust et al. 2008). Für die Mitwirkung an der Investitionsentscheidung gibt es allerdings keine institutionellen Vorgaben. Die Regierungschefs der Kantonsregierungen werden deshalb versuchen, diesen Spielraum zu nutzen, um den Entscheidungsprozess über die Investitionsausgaben der Provinzregierung zugunsten der Gemeinden ihres Kantongebietes zu beeinflussen. Die Provinzregierung wird die Interessen der Kantonsregierungen berücksichtigen, da es sich bei den Kantonsregierungen um etablierte Akteure des politischen Systems mit einem der Provinzregierung vergleichbaren Kompetenzbereich handelt und die Kantonsregierungen aufgrund der örtlichen Nähe zur Gemeindebevölkerung direkt auf die Wiederwahl der Provinzregierung einwirken können. Geht man nun wie in der ökonomischen Theorie der Politik davon aus, dass sich die Interessen kleiner Gruppen effektiver organisieren lassen und große Gruppen in Verteilungskämpfen kleinen Gruppen unterliegen, lässt sich folgende Vermutung formulieren (vgl. Olson 1991, 1998; Weede 1986). Regierungen kleiner Kantone, die wenige Gemeinden mit geringer Bevölkerungsgröße vertreten, können die Bedürfnisse dieser Bevölkerung besser organisieren und effektiver in den Allokationsprozess einbringen. Damit werden Gemeinden, die kleinen Kantonen angehören, vergleichsweise stärker von den Investitionen der Provinzregierung profitieren als Gemeinden großer Kantone (H3).

3.2 Gesellschaftliche Akteursstrukturen

Soziale Beteiligung. Der Einfluss zivilgesellschaftlichen Engagements auf politische Entscheidungsprozesse wird insbesondere von der Sozialkapitalforschung hervorgehoben.[7] Dabei ist soziale Beteiligung nach Putnam „an essential form of social capital“[8] (Putnam 1993: 173). Was genau unter sozialer Beteiligung zu verstehen ist, lässt sich in empirischen Arbeiten meist nur implizit über die verwendeten Indikatoren schließen, die sich **(← p. 115)** in der Regel auf die formelle Mitgliedschaft in Freiwilligenorganisationen beschränken (vgl. Norris 2002; van Deth 2004; Gabriel et al. 2002). Dies ist allerdings mit folgenden Nachteilen verbunden: Erstens wird damit nicht zwischen aktiver und passiver Beteiligung unterschieden (vgl. Knack und Keefer 1997). Zweitens werden mit dieser Festlegung bindende (=bonding) Formen sozialer Beteiligung nicht von brückenbildenden (=bridging) unterschieden. Die positiven gesellschaftlichen Effekte werden allerdings in erster Linie mit brückenbildenden, nicht-exklusiven Formen sozialer Beteiligung in Verbindung gebracht (vgl. Putnam 2000; Knack und Keefer 1997). Drittens werden informelle Netzwerke oder projektbezogene Einzelaktivitäten systematisch ausgeblendet (vgl. Netwon 1999). Viertens ist die Mitgliedschaft in Vereinen keine im Untersuchungskontext übliche Form sozialer Beteiligung, wo zivilgesellschaftliches Engagement als aktive Teilhabe der Zivilbevölkerung an öffentlichen Angelegenheiten verstanden wird (vgl. Molina 2004). In dem hier vorliegenden Beitrag umfasst soziale Beteiligung deshalb freiwillige, aktive, individuelle, zivile Beteiligungsakte von Bürgern, die allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern offen stehen (vgl. van Deth und Newton 2005; Gabriel et al. 2002; Braun 2002).

Welche Auswirkungen sind nun mit dem Ausmaß sozialer Beteiligung auf die Ressourcenallokation zu erwarten? In Netzwerken sozialer Beteiligung bilden sich Kommunikations-

[7] In der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung werden die Interessen gesellschaftlicher Bevölkerungsgruppen üblicherweise wie folgt berücksichtigt (vgl. Schmidt et al. 2007). Während in der ökonomischen Theorie der Politik der Einfluss von Sonderinteressengruppen diskutiert wird, die Regierungshandeln zu ihren Gunsten instrumentalisieren (vgl. Weede 1986, 1990; Olson 1991), geht die Machtressourcentheorie davon aus, dass Ergebnisse politischer Entscheidungsprozesse maßgeblich von der Verteilung von Arbeit und Kapital geprägt sind (vgl. Esping-Andersen 1990; Korpi 2000). Die klassischen Einteilungen spielen allerdings für den Untersuchungskontext eine untergeordnete Rolle, da in den ländlichen Gemeinden wirtschaftsnahe Sonderinteressengruppen nicht etabliert sind und Kapital aufgrund der allgemeinen Armut nicht ungleich auf bestimmte Bevölkerungsteile verteilt ist.

[8] „[S]ocial capital here refers to features of social organization, such as trust norms and networks that can improve the efficiency of society by facilitating coordinated action” (Putnam 1993: 167).

kanäle, die soziales Vertrauen und Normen der Reziprozität fördern und die Unsicherheit über das Verhalten Anderer reduzieren (vgl. Boix und Posner 1998). Bürger einer Gemeinde mit hohem Maß an sozialer Beteiligung werden kooperieren und zur Erstellung kollektiver Güter wie ‚effektive Bedürfnisartikulation' beitragen (vgl. Putnam 1993; Coleman 1995). Sie informieren die an der Entscheidung beteiligten politischen Akteure eher über fehlende Wasserleitungen, Straßen oder Schulen als Bürger anderer Gemeinden. Außerdem werden aktive, gut informierte Bürger Regierungshandeln stärker kontrollieren und politisches Versagen schneller abstrafen, worauf die Provinzregierung mit höheren Zuweisungen reagieren wird. Dieser Zusammenhang ist auch deshalb zu erwarten, da auf lokaler Ebene der Kontakt zwischen politischen und zivilen Akteuren enger ist als auf nationaler Ebene (vgl. Faust et al. 2008; Rice 2001, Tavits 2006).[9] Es kann davon ausgegangen werden, dass eine Gemeinde, die durch ein hohes Maß an sozialer Beteiligung gekennzeichnet ist, bei der Ressourcenverteilung besser abschneidet als eine Gemeinde mit niedrigem Engagementniveau (H4).

3.3 Politische Akteursstrukturen

Einfluss der Provinzregierung. Die Entscheidung über die Ressourcenverteilung in den ländlichen Gemeinden obliegt der Provinzregierung. Ausgehend von der Parteiendifferenzthese suchen Regierungen in erster Linie die Policy-Präferenzen ihrer Wähler zu bedienen, um damit ihre Wiederwahl zu sichern (vgl. Hibbs 1977; Fried 1976; Gramlich 1994). Die Bereitschaft zur Investition in eine Gemeinde dürfte also von den strategischen Macht- und Wiederwahlinteressen der Provinzregierung abhängen. Um ihre **(← p. 116)** Wiederwahlchancen zu erhöhen, wird die Provinzregierung in jene Gemeinden verstärkt investieren, in denen sie über einen hohen Wähleranteil verfügt. Der Einfluss strategischer Macht- und Wiederwahlinteressen auf die Investitionszuweisungen ist auch deshalb zu erwarten, da die Provinzregierung über die Ressourcenverteilung unabhängig und ohne Entscheidungsvorgaben entscheiden kann (vgl. Budge und Keman 1990; Schmidt 1996; Kemmerling und Bodenstein 2006). Überdies dürfte die Präferenzstruktur der Wähler in allen Gemeinden auf hohe Investitionsleistungen in Güter der Daseinsvorsorge ausgerichtet sein, was die Entscheidungssituation für die Provinzregierung zusätzlich erleichtert (vgl. Lane und Ersson 1990). Aufgrund des präsi-

[9] Lässt sich auf nationaler Ebene der theoretisch vermutete Zusammenhang nur sehr eingeschränkt bestätigen (vgl. Gabriel et al. 2002; Norris 2002; Knack und Keefer 1997), stützen die empirischen Befunde für die lokale Ebene sehr gut den positiven Einfluss von sozialer Beteiligung (vgl. Rice 2001; Coffé und Geys; Milner und Ersson 2000; Cusack 1999; Knack 2002, Putnam 1993).

dentiellen Systems können die Wähler die Provinzregierung direkt durch Abwahl abstrafen, sollte sie ihre Wähler nicht mit Gütern wie Wasserleitungen oder Schulen versorgen.[10] Deshalb ist ein positiver Zusammenhang zwischen der Größe des Wähleranteils der Provinzregierung in einer Gemeinde und den Investitionsausgaben in Sachgüter zu erwarten (H5).[11]

Einfluss der Kantonsregierung. Da Regierungen meist nicht unabhängig von anderen parteipolitischen Akteuren Entscheidungen treffen, müssen strategische Macht- und Wiederwahlinteressen sowie policy-Präferenzen der gesamten an einem Entscheidungsprozess beteiligten Akteurskonstellation berücksichtigt werden (vgl. Tsebelis 1995, 2002; Wagschal 1999). Im vorliegenden Fall sind die Kantonsregierungen (wie oben ausgeführt) in die Vorbereitung und Planung des Haushalts der Provinzregierung und damit indirekt in die Allokationsentscheidung eingebunden. Die Kantonsregierungen werden ihre beratende Funktion nutzen und wie die Provinzregierung versuchen, den Verteilungskampf um knappe Mittel zu Gunsten jener Gemeinden zu beeinflussen, in denen sie über eine große Wählerbasis verfügt, um ihre Wiederwahlchancen zu erhöhen (vgl. IIG 2004; Menéndez-Carrión 2003). Auch hier können die Wähler ihre Unzufriedenheit über die Kantonsregierungen aufgrund der Direktwahl abstrafen. Damit sollten in jenen Gemeinden die Investitionsausgaben hoch sein, in denen die jeweilige Kantonsregierung über einen großen Wähleranteil verfügt (H6).[12]

Einfluss der Gemeinderegierung. Darüber hinaus müssen im Hinblick auf die Ressourcenverteilung die im Jahre 1998 eingerichteten Gemeinderegierungen berücksichtigt werden, mit deren Einsetzung den traditionell marginalisierten ländlichen Regionen eine politische Stim-

---

[10] Dabei kommt dem Regierungsoberhaupt der Provinzregierung im Allokationsprozess eine herausragende Stellung zu, da der Haushalt unter seiner Leitung ausgearbeitet wird, er als einziges Regierungsmitglied direkt gewählt wird, überdies Vetorecht bei der Verabschiedung des Haushalts hat und außerdem dem legislativen Gremium auf Provinzebene vorsteht, das dem Haushalt zustimmen muss (Ley de Régimen Provincial, Art. 34-38f, 104, 105).

[11] Parteien haben in diesem Kontext kaum Aussagekraft. Erstens sind politische Akteure durch das präsidentielle System stärker an ihr Wahlgebiet als an Parteien gebunden. Zweitens sind Parteien insbesondere auf subnationaler Ebene nicht mit einer bestimmten ideologischen Ausrichtung verknüpft. So ist es beispielsweise üblich, dass politische Akteure mehrfach die Parteizugehörigkeit wechseln (vgl. Verdesoto 2005). Dies gilt ebenso für die Kantons- und Gemeindeebene.

[12] Auch hier sollte die Parteizugehörigkeit keine Rolle spielen. Zur Absicherung dieser Vermutung wurde überprüft, ob Kantonsregierungen, die derselben Partei wie die Provinzregierung angehören, sich bei der Ressourcenverteilung besser durchsetzen können (vgl. Scharpf 2006, Coleman 1995). Dies konnte nicht bestätigt werden.

me verliehen werden sollte (vgl. GTZ 2004). Ihnen kommt die Aufgabe zu, **(← p. 117)** Entwicklungsstrategien für ihre Gemeinden zu planen und zu koordinieren sowie die Provinz- und Kantonsregierung über die Belange und Notwendigkeiten ihrer Gemeinde zu informieren. So können sie beispielsweise Anträge auf den Bau von Schulen oder Straßen bei übergeordneten Regierungsebenen einreichen[13] (vgl. Frank 2002). Es gibt allerdings keine formellen Regeln, die ihnen die Einforderung der Güter ermöglicht (vgl. Verdesoto 2005). Nimmt eine Gemeinderegierung ihre Rolle als Repräsentant, Kommunikator bzw. Vermittler intensiv wahr und setzt sich für die Belange der Gemeinde ein, wird sich die Informationslage der Provinzregierung über die Bedürfnisse dieser Gemeinde verbessern und sie wird verstärkt in diese Gemeinden investieren (vgl. Kunz 2000; Scharpf 2006). Gemeinden mit engagierten Regierungen sollten bei der Ressourcenverteilung besser abschneiden als Gemeinden mit weniger engagierten Regierungen (H7).[14]

4. Methode, Daten und Operationalisierungen

Empirische Grundlage dieses Beitrages bilden qualitative und quantitative Daten. Auf Grundlage von Leitfaden- und Experteninterviews erfolgte die Primärerhebung quantitativer Daten zu zentralen Variablen. Außerdem konnte mit Hilfe der Interviews die Auswahl der für die Investitionsausgaben relevanten Bestimmungsfaktoren abgesichert und die Wirkungszusammenhänge konkretisiert werden. Es wurden sowohl Finanzexperten als auch Vertreter subnationaler Regierungsebenen befragt. Die quantitativen Daten wurden mittels Fragebogen mit den Gemeinderegierungen vor Ort erhoben, da zu zentralen Variablen keine Informationen in anderer Form zur Verfügung standen.[15] Die so generierten Informationen konnten durch Validierungsbefragungen mit Vertretern der Zivilgesellschaft sowie EZ-Organisationen abgesichert werden.

Bei den Daten zu *Investitionsausgaben der Provinzregierung* handelt es sich um Pro-Kopf-Investitionen der Provinzregierung Cotopaxi in Güter der Daseinsvorsorge für das Haushaltsjahr 2006 in US-Dollar pro Gemeinde. Als Maß für das *Wohlstandsniveau* wird die Wohl-

[13] Sie selbst können aufgrund finanzieller Restriktionen nicht in Sachgüter investieren.

[14] Alternativ wurde auch hier untersucht, ob sich die Parteiübereinstimmung zwischen Gemeinde- und Provinzregierung auf die Investitionsleistungen durch die Provinzregierung auswirkt. Dafür ließ sich kein empirischer Beleg ermitteln.

[15] Es existiert kaum schriftlich fixiertes Material in den ländlichen Gemeinden, da aufgrund der hohen Analphabetenquote Informationen nur verbal ausgetauscht werden.

standsquote verwendet, die vom Provinzrat (=legislatives Gremium auf Provinzebene) bereitgestellt wird.[16] Das Wohlstandsniveau gibt auf Basis eines Zensus aus dem Jahr 2001 den Anteil an Personen an, dessen Grundbedürfnisse in den Bereichen Arbeit, Bildung, Wohnverhältnisse und Gesundheit gedeckt ist. Für das *Ausgangsniveau* an Gütern der Daseinsvorsorge werden Daten herangezogen, die vom nationalen Statistikamt bereitgestellt werden und den Anteil der Gemeindehaushalte wiedergeben, die Zugang zu Gütern der Daseinsvorsorge haben (SIISE 2004). Die Kantone der untersuchten **(← p. 118)** Provinz können klar in große und *kleine Kantone* unterschieden werden. Kleine Kantone vertreten eine geringe Anzahl von ländlichen Gemeinden (zwei bis vier) und eine niedrige Bevölkerungszahl (circa 10.000). Bei großen Kantonen hingegen liegt die Gemeindeanzahl zwischen fünf und zehn und die Bevölkerungsgröße im Mittel bei 40.000. Die *Wählerbasis der Provinzregierung und der Kantonsregierung* werden jeweils mit dem Stimmenanteil des direkt gewählten Regierungsoberhauptes[17] an der Wahlbevölkerung in einer Gemeinde bei den letzten Wahlen 2004 operationalisiert.

Formen *sozialer Beteiligung* sind in hohem Maße vom kulturellen Kontext abhängig. Auch die Partizipationsarten der ecuadorianischen ländlichen Bevölkerung unterscheiden sich stark von Engagementformen westlicher Industrienationen. Um eine der Definition entsprechende und kontextadäquate Operationalisierung zu gewährleisten, wurden auf Grundlage der Leitfaden- und Experteninterviews folgende typische Formen sozialer Beteiligung identifiziert: a) Anzahl der Mingas: Bei Mingas handelt es sich um eine in weiten Teilen Lateinamerikas übliche und traditionelle Form zivilgesellschaftlichen Engagements. Die Bevölkerung einer Gemeinde setzt dabei Arbeitskraft und Zeit für Gemeindebelange im Rahmen eines konkreten meist mehrtägigen Einzelprojekts ein. b) Anzahl der Gemeindetreffen zur Planung des Jahresstrategie- und Tätigkeitsplans. Die Gemeinderegierungen sind verpflichtet einen Jahresstrategieplan zu erstellen. Auf Initiative der Gemeindebevölkerung finden sogenannte Planungstreffen statt, bei denen die Bürger ihre Bedürfnisse in den Jahresstrategieplan einbringen können. c) Anzahl der Versammlungen zu Sachthemen. Die Gemeindebevölkerung hat die Möglichkeit, Versammlungen zu Themen ihrer Lebenswelt einzuberufen. In diesen Versammlungen werden Lösungsalternativen oder Strategien in bestimmten Sachgebieten wie Umwelt oder Gesundheit diskutiert.

---

[16] Es wird vom nationalen Statistikamt ebenfalls ein Maß für das Armutsniveau bereitgestellt (SIISE 2004). Die beiden Maße korrelieren sehr stark miteinander und es ergeben sich keine Unterschiede zu den hier vorgestellten Ergebnissen.

[17] Die Regierungsoberhäupter ernennen jeweils die weiteren Regierungsmitglieder.

Tabelle 2: Ergebnisse der Faktorenanalyse			
Soziale Beteiligung		*Einfluss der Gemeinderegierung*	
Indikator	Faktor 1	Indikator	Faktor 1
Mingas	.87	Anträge auf Bereitstellung von Sachgüter	.87
Planungstreffen für den Jahresstrategieplan	.90	Versammlungen zu Sachthemen mit anderen Gemeinderegierungen	.87
Versammlungen zu Sachthemen	.69		
Eigenwert	2.05	Eigenwert	1.52
Erklärter Varianzanteil in %	68.28	Erklärter Varianzanteil in %	75.86
N	30	N	30
Anmerkungen: Hauptkomponentenanalyse mit Rotationsmethode Varimax und Kaisernormalisierung			

Es wurde im Rahmen der Primärerhebung ermittelt, wie oft die genannten Beteiligungsarten in den Zeiträumen Januar bis Mai 2005 und 2006 in den Gemeinden stattgefunden haben.[18] Diese Formen sozialer Beteiligung werden überdies nur ins Leben gerufen, wenn **(← p. 119)** sich ein Großteil der Bürger einer Gemeinde beteiligt. Die Teilnehmerzahl relativ zur Bevölkerung dürfte deshalb keinen großen Schwankungen unterliegen. Aufgrund der hohen Korrelation der Ausprägung des Partizipationsniveaus zwischen den beiden Zeitpunkten werden für die drei Beteiligungsformen arithmetische Mittel gebildet. Die Korrelationsmatrix und die explorative Faktorenanalyse zeigen überdies, dass den drei Indikatoren eine Dimension zugrunde liegt (siehe Tabelle zwei). Die Indikatoren werden aufgrund des unterschiedlichen Wertebereichs z-standardisiert zu einem additiven Index sozialer Beteiligung zusammengefasst, um die Gewichtung einzelner Indikatoren zu vermeiden.

Für das Ausmaß des *Engagements der Gemeinderegierungen* wurden auf Grundlage der Leitfaden- und Experteninterviews zwei kontextspezifische Indikatoren ermittelt: a) Anzahl der Anträge auf Bereitstellung von Sachgütern durch die Gemeinderegierung, **(← p. 120)** die auf übergeordneten Regierungsebenen eingereicht wurden, b) Anzahl der Versammlungen zu Sachthemen mit anderen Gemeinderegierungen. Auch hier wurde die Häufigkeit erhoben, mit der die Aktivitätsarten im Zeitraum von Januar bis Mai 2005 und Januar bis Mai 2006 stattfanden. Die Gemeinderegierungen, die 2005 sehr hohe Werte aufwiesen, zeigten auch 2006

[18] Die Auswahl der Zeiträume wurde durch eine für die GTZ erstellte Evaluationsstudie vorgegeben.

Tabelle 3: Hypothesen und Operationalisierung zentraler Variablen		
Variable	Erwartete Wirkungs-richtung	Operationalisierung (Quelle)
Gesellschaftliche Rahmenstrukturen		
H1: Wohlstandsniveau	a) positiv b) negativ	Anteil der nicht in Armut lebenden Bevölkerung einer Gemeinde (Provinzrat)
H2: Ausgangsniveau	negativ	Anteil der Gemeindehaushalte mit Zugang zu Gütern der Daseinsvorsorge (SIISE 2004)
H3: Kleine Kantone	positiv	0 = große Kantone, 1 = kleine Kantone (eigene Erhebung)
Gesellschaftliche Akteursstrukturen		
H4: Soziale Beteiligung	positiv	Anzahl der Mingas zwischen Mai und Juni 2005 und 2006 (eigene Erhebung)
		Anzahl der Planungstreffen für den Jahresstrategieplan zwischen Mai und Juni 2005 und 2006 (eigene Erhebung)
		Anzahl der Versammlungen zu Sachthemen zwischen Mai und Juni 2005 und 2006 (eigene Erhebung)
Politische Akteursstrukturen		
H5: Wählerbasis der Provinzregierung	positiv	Stimmenanteil des direkt gewählten Regierungsoberhauptes der Provinzregierung an den Wahlberechtigten im Jahr 2004 (eigene Auswertung von Daten des Tribunal Supremo Electoral, TSE)
H6: Wählerbasis der Kantonsregierung	positiv	Stimmenanteil des direkt gewählten Regierungsoberhauptes der Kantonsregierungen an den Wahlberechtigten im Jahr 2004 (eigene Auswertung von Daten des TSE)
H7: Engagement der Gemeinderegierung	positiv	Anzahl der Anträge auf Bereitstellung von Sachgüter zwischen Mai und Juni 2005 und 2006 (eigene Erhebung)
		Anzahl der Versammlungen zu Sachthemen mit anderen Gemeinderegierungen zwischen Mai und Juni 2005 und 2006 (eigene Erhebung)

(← Tabelle 3 p. 120)

ein hohes Engagementniveau. Da den gemittelten Indikatoren ein Faktor zugrunde liegt, werden sie z-standardisiert zu einem additiven Index zusammengefasst.[19]

[19] Detaillierte deskriptive Angaben zu allen verwendeten Variablen befinden sich im Anhang (siehe Tabelle A1 und A2).

5. Empirische Befunde

Tabelle vier stellt die Ergebnisse der multiplen Regressionsanalysen dar.[20] Untersuchungen, die mit dem Problem der kleinen Fallzahl konfrontiert sind, sind sehr anfällig gegenüber Schwankungen bei leichten Modifikationen der Modellspezifikationen. Um unverzerrte, effiziente Schätzer und robuste Ergebnisse zu ermitteln, ist eine genaue Prüfung der Modellvoraussetzungen sowie möglicher Ausreißer und einflussreicher Fälle notwendig (siehe Anmerkungen zu Tabelle vier). Die Modellvoraussetzungen werden trotz konservativer Grenzen bei allen Regressionsschätzungen erfüllt.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass die Varianz der Ressourcenzuweisungen der Provinzregierung sehr gut mit den in die Analyse einbezogenen Faktoren erklärt werden kann. Der korrigierte Determinationskoeffizient liegt zwischen 36% und 46% und die Güte der Gesamtschätzung ist auf dem 0.1% bzw. 1%-Niveau signifikant (F-Test).

Für das *Wohlstandsniveau* lässt sich weder ein positiver noch ein negativer Einfluss auf die Investitionen in Sachgüter feststellen. Der Einfluss ist mit einem beta-Wert von -.08 vernachlässigbar gering. Dies ist ein überraschendes Ergebnis insbesondere im Vergleich zu empirischen Untersuchungen für Industrieländer, für die dieser Zusammenhang in zahlreichen Studien nachgewiesen werden konnte. Ähnlich verhält es sich mit dem *Ausgangniveau* an Gütern der Daseinsvorsorge. Der beta-Wert hat zwar das theoretisch erwartete Vorzeichen, ist allerdings sehr niedrig und lässt allenfalls einen schwachen Einfluss vermuten.[21] Da nicht anzunehmen ist, dass das Wohlstandsniveau und der Güterbestand schwache bis keine Auswirkungen auf gesellschaftliche Bedürfnisstrukturen bzw. auf die Nachfrage nach Gütern wie Schulen oder Wasserleitungen hat, ist eine alternative Interpretation der Ergebnisse wahrscheinlicher. Es liegt die Vermutung nahe, dass die mit dem Wohlstandniveau und der Ausstattung an Gütern der Daseinsvorsorge einhergehenden **(← p. 121)** gesellschaftlichen Be-

[20] Die Testergebnisse werden auf Grundlage interferenzstatistischer Verfahren dargestellt. Dies ist bei Vollerhebungen nicht unumstritten. Für eine ausführliche Diskussion zur Anwendung inferenzstatistischer Verfahren siehe Behnke (2005), Berk et al. (1995) sowie Broscheid und Gschwend (2003, 2005). Überdies liegen für soziale Beteiligung für zwei Gemeinden und für das Engagement der Gemeinderegierung für drei Gemeinden keine Werte vor. Um den Vergleich zwischen den Modellen zu ermöglichen, werden die Ergebnisse unter Ausschluss dieser Fälle und damit für N=30 ausgewiesen.

[21] In weiteren hier nicht dokumentierten Modellspezifikationen werden für das Ausgangsniveau noch niedrigere beta und t-Werte geschätzt.

dürfnisstrukturen im Entscheidungsprozess der Provinzregierung über die Investitionsausgaben unberücksichtigt bleiben.

Tabelle 4: Bestimmungsfaktoren der Pro-Kopf-Investitionen

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6
	b/beta t-Wert	b/beta t-Wert	b/beta t-Wert	b/beta t-Wert	b/beta t-Wert	b/beta t-Wert
Konstante	-31.66/- -1.17	-10.90/- -.82	-19.37/- -1.84	-15.40/- -1.40	-19.39/- -1.80	-19.32/- -1.76
Gesellschaftliche Rahmenstrukturen						
Wohlstandsniveau	-.22/-.08 -.49	-	-	-	-	-
Ausgangsniveau	-	-.12/-.17 -1.03	-	-	-	-
Kleine Kantone	13.74/.40 2.55*	11.76/.34 2.07*	14.77/.43 3.02**	12.64/.38 2.43*	14.69/.43 2.80**	14.95/.44 2.63*
Gesellschaftliche Akteursstrukturen						
Soziale Beteiligung	-	-	-	.03/.01 .04	-	-.14/-.02 -.14
Politische Akteursstrukturen						
Wählerbasis der Provinzregierung	.71/.47 3.08**	.67/.44 2.88**	.73/.48 3.25**	.65/.43 2.75**	.73/.48 3.18**	.73/.48 3.12**
Wählerbasis der Kantonsregierung	.94/.45 2.82**	.94/.45 2.90**	.91/.44 2.82**	.83/.40 2.40*	.91/.44 2.74**	.90/.43 2.62*
Engagement der Gemeinderegierung	-	-	-	-	-.07/-.01 -.05	.00/.00 .00
R^2/ adj. R^2	.52/ .44***	.53/ .46***	.51/ .46***	.45/ .36**	.51/ .44***	.51/ .41**
N	30	30	30	30	30	30

Anmerkungen: *p<0,05, **p<0,01, ***p<0,001, eigene Berechnungen Es wurden folgende Verfahren zur Überprüfung der Modellvoraussetzungen bzw. der Identifikation von Spezifikationsfehlern, Ausreißern und einflussreichen Fällen durchgeführt. Erstens weisen weder die scatterplots der standardisierten Residuen gegen die unabhängige Variable noch der Cook-Weisberg-Test auf Heteroskedastizität oder auf Spezifikationsfehler hin. Histogramme und P-P-plots zeigen zweitens normalverteilte Residuen. Drittens liegen die Toleranzwerte zur Identifikation von Multikollinearität deutlich über den üblicherweise verwendeten Grenzwert von .25. Für die Ermittlung von Ausreißern dient viertens eine Grenze von 3 Standardabweichungen der empirischen von den vorhergesagten Werten. Fünftens weisen die Cook-Distanzen zur Identifikation einflussreicher Fälle Werte unproblematische Werte auf weit unter der üblichen Grenze von 1 auf.

Regierungen *kleiner Kantone* können die Bedürfnisse der Gemeinden ihres Kantonsgebietes besser organisieren und sich beim Verteilungskampf um die Investitionsausgaben in Sachgüter eher durchsetzen. Gemeinden kleiner Kantone profitieren überproportional stark (ceteris paribus) von den Ressourcenzuweisungen der Provinzregierung. Der Effekt ist in allen Modellen mindestens auf dem 5%-Niveau signifikant. **(← p. 122)**

Das Ausmaß *sozialer Beteiligung* steht entgegen den formulierten Wirkungszusammenhängen nicht systematisch mit den Investitionsausgaben in Zusammenhang. Die politisch erhofften und theoretisch erwarteten Zusammenhänge lassen sich empirisch nicht bestätigen. Die beta-Werte liegen nahezu bei null. Dies lässt zwei Interpretationen zu. Entweder ist mit sozialer Beteiligung tatsächlich keine effektivere Bedürfnisartikulation oder Regierungskontrolle verbunden oder die Artikulation der Bedürfnisse bzw. die Kontrolle der Regierung hat keine Auswirkung auf die Allokationsentscheidung der politisch relevanten Akteure.

Die Hypothese in Bezug auf strategische Macht- und Wiederwahlinteressen der *Provinzregierung* (H4) ließ sich sehr gut bestätigen. Die beta-Werte liegen zwischen .43 und .48 und der geschätzte Einfluss ist in allen Modellen auf dem 1%-Niveau signifikant. Es profitieren also jene Gemeinden am stärksten von den Investitionsausgaben, in denen die Provinzregierung einen hohen Wähleranteil besitzt.

Auch für die Wählerbasis der Kantonsregierung lässt sich in allen Modellen ein bedeutsamer und mindestens auf dem 5%-Niveau signifikanter Einfluss feststellen. Die *Kantonsregierungen* nutzen ihre Möglichkeiten, die Ressourcenallokation der Provinzregierung zu Gunsten der Gemeinden zu beeinflussen, in denen sie über eine breite Wählerbasis verfügen. Als gleichberechtigter politischer Akteur finden die strategischen Interessen der Kantonsregierung im politischen Entscheidungsprozess der Provinzregierung Berücksichtigung.

Die *Gemeinderegierungen* scheinen jedoch bislang von der Provinzregierung kaum als politischer Akteur wahrgenommen zu werden. Die beta-Werte liegen in Modell sechs sogar bei Null. Lokale politische Akteure können weder durch die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinderegierungen noch durch das Einbringen von Anträgen auf Sachgüter die Ressourcenzuweisungen der Provinzregierung beeinflussen.

Tabelle fünf vergleicht die theoretisch vermuteten Zusammenhänge mit den empirisch ermittelten Zusammenhängen.

Tabelle 5: Vergleich zwischen Hypothesen und empirischen Befunden[22]		
Hypothese	Theoretisch erwartete Wirkungsrichtung	Empirische Befunde
H1a (Wohlstandsniveau)	positiv	kein Zusammenhang
H1b (Wohlstandsniveau)	negativ	kein Zusammenhang
H2 (Ausgangsniveau)	negativ	sehr schwach negativ
H3 (Kleine Kantone)	*negativ*	*negativ*
H4 (Soziale Beteiligung)	positiv	kein Zusammenhang
H5 (Wählerbasis der Provinzregierung)	*positiv*	*positiv*
H6 (Wählerbasis der Kantonsregierung)	*positiv*	*positiv*
H7 (Engagement der Gemeinderegierung)	positiv	kein Zusammenhang

6. Schlussfolgerungen

Dieser Beitrag ging von der Feststellung aus, dass die Versorgung mit Gütern der Daseinsvorsorge für die Bevölkerung insbesondere ländlicher Regionen in Entwicklungsländern **(← p. 123)** für die Reduktion von Armut von erheblicher Bedeutung ist. In Ecuador ist für die Bereitstellung dieser Güter in den ländlichen Gemeinden die subnationale Provinzregierung verantwortlich. Die ländlichen Gemeinden profitieren allerdings sehr unterschiedlich von den Investitionen der Provinzregierung. Darüber hinaus wurden in den letzten Jahren immer dieselben Gemeinden bei der Ressourcenallokation begünstigt. Dieser Beitrag fragte nach den Ursachen für die Varianz zwischen den Gemeinden. Im Fokus stand dabei der Einfluss lokaler Akteure auf die Ressourcenzuweisungen durch die Provinzregierung. Geht man wie in der entwicklungspolitischen oder wissenschaftlichen Debatte davon aus, dass die lokale Ebene ein zentraler Faktor für erfolgreiche Entwicklungspolitik ist, dann müsste das Ausmaß sozialer Beteiligung der Bevölkerung sowie das Engagementniveau der Gemeinderegierungen zur Aufklärung der Varianz beitragen. Diese Zusammenhänge, die bislang empirisch noch nicht untersucht wurden, konnten mit makro-quantitativen statistischen Verfahren unter Kontrolle anderer relevanter Faktoren getestet werden. Angeleitet wurde die Untersuchung von dem in der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung dominierenden Erklärungsmodell, das um Überlegungen aus der Sozialkapitalforschung erweitert wurde.

Welche Ergebnisse wurden ermittelt, welches Fazit lässt sich ziehen und welche Konsequenzen können daraus abgeleitet werden? Zunächst ist festzuhalten, dass das Ausmaß sozialer

[22] Signifikante Zusammenhänge sind kursiv gedruckt.

Beteiligung und das Engagement der Gemeinderegierungen innerhalb der Gemeinden über die Zeit hinweg konstant ist, allerdings stark zwischen den Gemeinden variiert. Diese Varianz korrespondiert jedoch nicht mit den unterschiedlichen Ressourcenzuweisungen. Die empirischen Ergebnisse weisen darauf hin, dass der politische Entscheidungsprozess von den konkreten Bedürfnissen der Bevölkerung abgekoppelt scheint, unabhängig davon, ob die mit sozialer Beteiligung oder dem Wohlstandsniveau verbundenen Bedarf der Bevölkerung untersucht wurden. Vielmehr versuchen politische Akteure den Verteilungskampf um knappe Mittel zu Gunsten ihrer Wählerklientel zu entscheiden, um ihre Wiederwahl zu sichern. Dies legt ein ernüchterndes Fazit nahe. Nicht gesellschaftliche Bedürfnisse beeinflussen die Ressourcenzuweisungen für die Bereitstellung überlebenswichtiger Güter, sondern strategische Macht- und Wiederwahlinteressen relevanter politischer Akteure. Politische Akteure scheinen sich eher durch machttaktische Praktiken als durch verantwortungsvolle Regierungsführung auszuzeichnen. Weder eine starke Zivilgesellschaft noch aktive lokale politischer Akteure kann zu einer besseren Versorgung mit Sachgütern beitragen.

Damit konnten die von zentralen entwicklungspolitischen Strategien unterstellten Wirkungsmechanismen, die in zahlreichen Ländern implementiert wurden, empirisch nicht bestätigt werden. Dies hat aus steuerungstheoretischer Perspektive Konsequenzen über den hier untersuchten Forschungsgegenstand hinaus. Es müssen zunächst klientelististische Strukturen aufgebrochen oder schlechte Regierungspraxis durch bedarfsgerechte Politik abgelöst werden, um zu ermöglichen, dass sich die mit der Stärkung lokaler Akteure verbundenen positiven Konsequenzen entfalten können. Bei der Entwicklung und Implementation von politischen Maßnahmen muss sehr genau geprüft werden, ob und unter welchen Bedingungen sich die intendierten Wirkungsmechanismen in einem spezifischen Kontext greifen können. Dafür ist ein grundlegendes Verständnis der handlungsrelevanten Zusammenhänge im Untersuchungskontext notwendige Voraussetzung. Der Beitrag ist überdies als Plädoyer zu verstehen, dass es trotz insbesondere für quantitative Forschung widriger Bedingungen gelingen kann, sich theoriegeleitet und empirisch unberücksichtigten Untersuchungsgegenständen zu nähern. **(← p. 124)**

Literatur

Bebbington, Anthony. 2001. El Capital Social y la intensificación de las estrategias de vida: organizaciones locales e islas de sostenibilidad en los Andes rurales. In: ders. and Victor H. Torres (eds.). Capital Social en los Andes. Quito: Abya-Yala. 11-38.

Behnke, Joachim. 2005. Lassen sich Signifikanztests auf Vollerhebungen anwenden? Einige essayistische Anmerkungen. In: Politische Vierteljahresschrift 1 (46). O1-O15.

Berk, Richard A., Bruce Western and Robert E. Weiss. 1995. Statistical Inference for Apparent Populations. In: Sociological Methodology (25). 421-458.

BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). 1999. Übersektorales Konzept. Partizipative Entwicklungszusammenarbeit. Bonn.

Boix, Carles and Daniel N. Posner. 1998. Social Capital: Explaining Its Origins and Effects on Government Performance. In: British Journal of Political Science 4 (28). 686-693.

Bourdieu, Pierre. 1983. Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.). Soziale Ungleichheiten. Göttingen: Schwartz. 183-198.

Braun, Sebastian. 2002. Begriffsbestimmung, Dimensionen und Differenzierungskriterien von bürgerschaftlichem Engagement. In: Deutscher Bundestag (Hrsg.). Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Opladen: Leske & Budrich. 55-71.

Broscheid, Andreas und Thomas Gschwend. 2003. Augäpfel, Murmeltiere und Bayes: Zur Auswertung stochastischer Daten aus Vollerhebungen. MPIfG Working Paper 03/07.

Broscheid, Andreas und Thomas Gschwend. 2005. Zur statistischen Analyse von Vollerhebungen. In: Politische Vierteljahresschrift 1 (46). O16-O26.

Budge, Ian and Hans Keman. 1990. Parties and Democracy: Coalition Formation and Government Functioning in 20 States. Oxford: Oxford University Press.

Campbell, Tim and Harald Fuhr. 2004. Context of change: Decentralization and state reform in Latin America. In: Campbell, Tim and Harald Fuhr (Eds.): Leadership and innovation in subnational government. Case studies from Latin America. WBI Development Studies. Washington DC: World Bank. 11-20.

Carrasco, Diego. 2003. Ecuador: descentralización y participación ciudadana, proyecto de estudio e investigación. In: Carrión, Fernando (ed.). Procesos de descentralización en la Comunidad Andina. Quito: FLACSO. 309-342.

Chong, Alberto and Luisa Zanforlin. 2004. Inward-Looking Policies, Institutions, Autocrats, and Economic Growth in Latin America: An Empirical Exploration. In: Public Choice 3-4 (121). 335-361.

Coffé, Hilde and Benny Geys. 2005. Institutional Performance and Social Capital. An Application to the Local Government Level. http://www.socialcapitalgateway.org/Coff%E92005.pdf (29.12.2006)

Coleman, James S. 1995. Grundlagen der Sozialtheorie. Band 1: Handlungen und Handlungssysteme. München: Oldenbourg.

Cusack, Thomas R. 1999. Social Capital, Institutional Structures, and Democratic Performance: A Comparative Study of German Local Governments. In: European Journal of Political Research 1 (35). 1-34.

Dawson, Richard E. and James A. Robinson. 1963. Inter-Party Competition, Economic Variables, and Welfare Policies in the American States. In: The Journal of Politics 2 (25). 265-289.

Dye, Thomas R. 1966. Politics, Economics and the Public. Policy Outcomes in the American States. Chicago: Rand Mc Nally & Co.

Dye, Thomas R. 1976. Policy Analysis. What Governments Do, Why They Do It, and What Difference It Makes. Alabama: University of Alabama Press.

Easton, David. 1965a. A Framework for Political Analysis. New Jersey: Prentice Hall.

Easton, David. 1965b. A Systems Analysis of Political Life. New York: John Wiley and Sons.

Ehlert, Niels, Annika Hennl und André Kaiser. 2007. Föderalismus, Dezentralisierung und Performanz. Eine makroquantitative Analyse der Leistungsfähigkeit territorialer Politikorganisation in entwickelten Demokratien. In: Politische Vierteljahresschrift 2 (48). 243-268.

Esping-Andersen, Gøsta. 1990. The Three Worlds of Welfare Capitalism. Princeton: Princeton University Press.

Faletti, Tulia. 2005. A Sequential Theory of Decentralization: Latin America Cases in Comparative Perspective. In: American Political Science Review. 3 (99). 327-346.

Faust, Jörg and Imke Harbers. 2007. Political Parties and the Politics of Administrative Decentralization: Exploring Subnational Variance in Ecuador. http://www.die-gdi.de/die_homepage.nsf/FSdmit?OpenFrameset (20.06.2007).

Faust, Jörg, Florian Arneth, Nicolaus von der Goltz, Imke Harbers, Judith Illerhues and Michael Schloms. 2008. Political fragmentation, decentralization and development cooperation: Ecuador in the Latin American context. Bonn: German Development Institute.

Forsthoff, Ernst. 1938. Die Verwaltung als Leistungsträger. Stuttgart: Kohlhammer

Frank, Jonas. 2002. Ecuador. La ruta crítica de la descentralización en el Ecuador. In: CONAM/GTZ (eds.). Línea de referencia (segunda edición). Los procesos de

descentralización en Argentina, Bolivia, Brasil, Chile, Colombia, Ecuador, Perú y Venezuela. 85-98.

Fried, Robert C. 1976. Party and Policy in West German Cities. In: American Political Science Review 1 (70). 11-24.

Gabriel, Oscar, Volker Kunz und Thomas Zapf-Schramm. 1990. Bestimmungsfaktoren des kommunalen Investitionsverhaltens. Eine empirische Untersuchung der Investitionsausgaben rheinland-pfälzischer Städte auf den Gebieten Kultur, Sport/Erholung und Verkehr in den Jahren 1978 bis 1985. München: Minerva Publikation.

Gabriel, Oscar, Volker Kunz, Sigrid Roßteutscher und Jan van Deth. 2002. Sozialkapital und Demokratie. Zivilgesellschaftliche Ressourcen im Vergleich. Wien: WUV.

Gramlich, Edward. 1994. Infrastructure investment: A review essay. In: Journal of Economic Literature 3 (32). 1176-1196.

GTZ (Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit). 2004. Juntas Parroquiales Rurales de Cotopaxi. Línea Base. (unveröffentlichtes Manuskript). Quito: GTZ.

Hibbs, Douglas A. 1977. Political Parties and Macroeconomic Policy. In: American Political Science Review 4 (71). 1467-1487.

IIG (Instituto Internacional de Gobernabilidad). 2004. República de Ecuador. Perfiles Nacionales de Gobernabilidad. Barcelona: IIG.

Kemmerling, Achim and Andreas Stephan. 2008. The polito-economic determinants and productivity effects of regional transport investment in Europe. In: European Investment Papers 2 (13). 36-61.

Kemmerling, Achim and Thilo Bodenstein. 2006. Partisan Politics in Regional Redistribution: Do Parties Affect the Distribution of EU Structural Funds across Regions? In: European Union Politics 3 (7). 373-392.

Knack, Stephen and Philip Keefer. 1997. Does Social Capital Have an Economic Payoff? A Cross-Country Investigation. In: Quarterly Journal of Economics 4 (112). 1251-1288.

Knack, Stephen. 2002. Social Capital and the Quality of Government: Evidence from the States. In: American Journal of Political Science 4 (46). 772-785.

Korpi, Walter. 2000. The Power Resources Model. In: Pierson, Christopher and Francis G. Castles (eds.). The Welfare State: A Reader. Cambridge: Polity Press. 77-89.

Kunz, Volker. 2000. Parteien und kommunale Haushaltspolitik im Städtevergleich. Eine empirische Analyse zum Einfluß parteipolitischer Mehrheiten. Opladen: Leske & Budrich.

Lane, Jan-Erik and Svante Ersson. 1990. Comparative Political Economy. London: Pinter.

Lane, Jan-Erik and Svante Ersson. 2000. The New Institutional Politics: Performance and Outcomes. London: Routledge.

Lipset, Martin S. 1959. Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy. In: American Political Science Review 1 (53). 69-105.

Menéndez-Carrión, Amparo. 2003. La democracia en el Ecuador: desafíos, dilemas y perspectivas. In: Burbano de Lara, Felipe (eds.). Democracia, Gobernabilidad y Cultura Política. Quito: FLACSO. 189- 217.

Milner, Henry and Svante Ersson. 2000. Social Capital, Civic Engagement and Institutional Performance in Sweden: An Analysis of the Swedish Regions. Paper prepared for the ECPR Joint Sessions.

Molina, María B. 2004. Análisis y caracterización de escenarios de participación ciudadana para la gestión compartida en la aplicación de la ley de la maternidad gratuita. Estudio de caso de la provincia de Cotopaxi. Quito: FLACSO.

Montiel, Antonio M. 2003. El espacio de lo local en la res pública. Descentralización y desarrollo local en el sistema político ecuatoriano. In: Vászquez, Lola (ed.). Desarrollo local. Alternativa o discurso neoliberal? Quito: Universidad Politécnica Salesiana: 71-94.

Norris, Pippa. 2002. Democratic Phoenix. Political Activism Worldwide. New York.

North, Douglass. 1990. Institutions, Institutional Change and Economic Performance. Cambridge: University Press.

Olson, Mancur. 1991. Vom Aufstieg und Niedergang von Nationen: ökonomisches Wachstum, Stagflation und soziale Starrheit. Tübingen: Mohr Siebeck.

Olson, Mancur. 1998. Die Logik des kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen. Tübingen: Mohr Siebeck.

Ortiz, Santiago C. 1998. Participación Ciudadana. Análisis y propuestas para la reforma del Estado. Quito: Universidad Andina.

Ostrom, Elinor. 1995. New Horizons in Institutional Analysis. In: American Political Science Review. 1 (89). 174-178.

Przeworski, Adam and Henry Teune. 1970. The Logic of Comparative Inquiry. Malabar, FL: Krieger Publishing.

Putnam, Robert D. 1993. Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy. Princeton: Princeton University Press.

Putnam, Robert D. 2000. Bowling Alone: the Collapse and Revival of American Community. New York: Simon & Schuster.

Rice, Tom. 2001. Social Capital and Government Performance in Iowa Communities. In: Journal of Urban Affairs (23). 375-389.

Roller, Edeltraud. 2005. The Performance of Democracies. Political Institutions and Public Policies. Oxford: University Press.

Scharpf, Fritz W. 2006. Interaktionsformen: Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung. Opladen: VS Verlag.

Schmidt, Manfred G. 1993. Theorien in der international vergleichenden Staatstätigkeitsforschung. In: Héritier, Adrienne (Hrsg.). Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung. PVS-Sonderheft 24. Opladen. Westdeutscher Verlag. 371-393.

Schmidt, Manfred G. 1996. When Parties Matter: A Review of the Possibilities and Limits of Partisan Influence on Public Policy. In: European Journal of Political Research 2 (30). 155-183.

Schmidt, Manfred G., Tobias Ostheim, Nico A. Siegel und Reimut Zohlnhöfer (Hrsg.). 2007. Der Wohlfahrtsstaat. Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag.

Seawright, Jason and John Gerring. 2008. Case-Selection Techniques in Case Study Research: A Menu of Qualitative and Quantitative Options. In: Political Research Quarterly 2 (61). 294-308.

SIISE (Sistema Integrado de Indicadores Sociales del Ecuador). 2004. Base de Datos. Quito: Gobierno del Ecuador.

Snyder, Richard. 2001. Scaling Down: The Subnational Comparative Method. In: Studies in Comparative International Development 1 (36). 93-110.

Tavits, Margit. 2006. Making Democracy Work More? Exploring the Linage between Social Capital and Government Performance. In: Political Research Quarterly 2 (59). 211-225.

Torres, Marcelo P. 2004. Las Juntas Parroquiales Rurales del Ecuador como nueva instancia de gobierno seccional autónomo: ventajas, limitaciones y perspectivas. Quito: FLACSO.

Treisman, Daniel. 2000. Decentralization and the quality of government. Los Angeles: University of California.

Tsebelis, George. 1995. Decision Making in Political Systems: Veto Players in Presidentialism, Parliamentarism, Multicameralism and Multipartyism. In: British Journal of Political Science 3 (25). 289-325.

Tsebelis, George. 2002. Veto Players. How Political Institutions Work. Princeton: University Press.

UNDP (Unided Nations Development Programme). 2004. La Democracia en Amércica Latina. New York: UN.

UNDP (Unided Nations Development Programme). 2007. Making Globalization Work at All. United Nations Development Programme Annual Report 2007. New York.

Van Deth, Jan W. 2004. Soziale Partizipation. In: ders. (Hrsg.). Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002-2003. Wiesbaden: VS Verlag. 295-316.

Van Deth, Jan W. and Kenneth Newton. 2005. Foundations of Comparative Politics. Democracies of the Modern World. Cambridge: Cambridge University Press.

Verdesoto, Luis. 2005. Instituciones y gobernabilidad en el Ecuador. Quito: Docutech.

Wagschal, Uwe. 1999. Schranken staatlicher Steuerungspolitik: Warum Steuerreformen scheitern können. In: Busch, Andreas und Thomas Plümper (Hrsg.). Nationaler Staat und internationale Wirtschaft. Anmerkungen zum Thema Globalisierung. Baden-Baden: Nomos. 223-247.

Weaver, Kent and Bert Rockman (1993). Assessing the Effects of Institutions. In: Weaver, Kent and Bert Rockman (eds.). Do Institutions Matter? Government Capabilities in the United States and Abroad. Washington: Brookings Institution. 1-41.

Weede, Erich. 1986. Verteilungskoalitionen, Staatstätigkeit und Stagnation. In: Politische Vierteljahresschrift 2 (27). 222-236.

Weede, Erich. 1990. Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Zur Soziologie der kapitalistischen Marktwirtschaft und der Demokratie. Tübingen: Mohr Siebeck.

Wilensky, Harold. 1975. The Welfare State and Equality. Structural and Ideological Roots of Public Expenditures. Berkeley: University of California Press.

World Bank. 2000. Attacking Poverty. World Development Report. New York: World Bank.

World Bank. 2007. World Development Report 2008. Agriculture for Development. Washington: World Bank.

Zöllner, Detlev. 1963. Öffentliche Sozialleistungen und wirtschaftliche Entwicklung. Ein zeitlicher und internationaler Vergleich. Berlin: Duncker und Humblot.

Anhang

Tabelle A1: Deskriptive Statistik aller Variablen

Variable	N	Min	Max	Mittel-wert	Standardab-weichung
Pro-Kopf-Investitionen	33	0	78.30	23.46	15.15
Wohlstandsniveau	33	30.40	48.90	41.47	5.26
Ausgangsniveau	33	6.98	91.07	49.68	22.88
Kleine Kantone	33	0	1	.36	0.49
Mingas	32	0	26	7.13	6.74
Planungstreffen für den Jahresstrategieplan	32	0	12	2.72	2.74
Versammlungen zu Sachthemen	31	0	16	3.81	3.91
Soziale Beteiligung (Index)	31	-2.74	7.73	0	2.49
Wählerbasis der Provinzregierung	33	13.22	47.29	31.44	10.13
Wählerbasis der Kantonsregierung	33	5.56	35.51	17.41	7.60
Anträge auf Bereitstellung von Sachgütern	30	0	23	5.90	5.88
Versammlungen mit anderen Gemeinderegierungen	30	0	20	4.42	4.38
Engagement der Gemeinderegierung (Index)	30	-2.01	6.35	0	1.74

Anmerkungen: Bei den einzelnen Indikatoren zu sozialer Beteiligung und zum Engagement der Gemeinderegierung handelt es sich jeweils um die Summe der Aktivitätsarten, die von Mai bis Januar 2005 und 2006 stattgefunden haben.

(← Tabelle A1 p. 125)

Tabelle A2: Pro-Kopf-Investitionen in US-Dollar in den Gemeinden Cotopaxis in 2006					
Alaquéz	11.03	Guangaje	28.48	Chantilín	0.00
Belisario Quevedo	20.25	La Victori a	25.66	Cochapamba	50.63
Guaytacama	20.07	Pilaló	32.17	Moraspungo	21.77
Joseguango Bajo	10.34	El Tingo	8.18	Pinllopata	46.26
Mulaló	3.40	Zumbahua	10.34	Ramón Campaña	21.35
Poaló	26.12	A.J. Holguín	27.07	Guasaganda	27.84
11 de Noviembre	17.25	Cusubamba	17.88	Pucayacu	39.58
S.J. Pastocalle	13.60	Mulliquindil	17.53	Palo Quemado	78.30
Tanicuchi	8.36	Panzaleo	19.70	Chugchilán	22.03
Toacaso	28.69	Mulalillo	31.97	Insiliví	33.60
Angamarca	5.92	Canchagua	23.22	Las Pampas	25.32

(← Tabelle A2 p. 125)

Tabelle A3: Liste der Interviewpartner		
Name	Institution	Funktion
Arguello Navarro, Hugo Enrique	Kantonsregierung Sigchos	Alcalde (=Regierungschef)
Arroyo Ruiz, Luis Marcelo	Kantonsregierung Pujili	Alcalde (=Regierungschef)
Cuchipe, Miguel Chugchilan	Gemeinderegierung Guasaganda	Presidente (=Regierungschef)
Espinoza, Oscar	Gemeinderegierung La Victoria	Mitglied der Gemeinderegierung
Fiero, Joana	Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ)	Consultant in den ländlichen Gemeinden Cotopaxis
Larenas, Dr. Rene	Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ)	Consultant auf Provinzebene
Mafla, Edison	Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ)	Consultant auf Gemeindeebene (insbesondere für Cotopaxi)
Negrete, Luis Dr.	Provinzregierung Cotopaxi	Leitender technischer Angestellter im Bereich ‚Güter der Daseinsvorsorge'
Ormaza, Veronica	Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ)	Consultant auf subnationalen Ebenen
Umaginja, César	Provinzregierung Cotopaxi	Prefecto (=Regierungschef)

(← Tabelle A3 p. 126)